

Türkei:

Rechtsstaatlichkeit contra Nationalismus

Erol Özkaraca über die Türkei vor der Wahl: Scheitern Erdogans Pläne?

Am 1. November wählt die Türkei erneut ihr Parlament, nachdem das Volk bereits am 7. Juni gewählt hatte. Bei dieser Wahl im Sommer errang die islamistische AKP 40,9%, die kemalistische CHP 25,0%, die faschistischen Grauen Wölfe MHP 16,3 % und die linke HDP 13,1%. Die AKP verfehlte ihre absolute Mehrheit und wollte nach den Wahlen nicht wirklich eine Koalition eingehen.

Grund für das Verfehlen der absoluten Mehrheit war der überraschende Einzug der HDP in die „Große türkische Nationalversammlung“. Die türkische Verfassung sieht seit dem Militärputsch von 1980 eine 10% Hürde vor.

HDP FORDERT DIE DEMOKRATIE FÜR ALLE EIN

Kurdischstämmige Politiker aus dem Südosten des Landes traten bei den vorherigen Wahlen stets als unabhängige Kandidaten an und konnten ihre Wahlkreise im Südosten des Landes mit überwiegend kurdischstämmiger Bevölkerung direkt gewinnen. Erst nach ihrem direkten Einzugschloss sie sich zu einer Fraktion zusammen, weil ansonsten ihre Fraktion an der 10%-Hürde stets gescheitert wäre.

Bei der der Wahl im Juni 2015 war es anders. Sie traten diesmal geschlossen für die HDP an und gingen das Risiko ein. Mit Selahattin Demirtas hatten und haben sie einen jungen, charismatischen Spitzenkandidaten, der die gesamte Klaviatur demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien beherrscht und diese für die Türkei im Interesse aller Türken einfordert.

Anders als zuvor haben Demirtas und seine Partei nicht die individuellen Interessen der kurdischstämmigen Bevölkerung in den Vordergrund gestellt, sondern auf deren Realisierung im Rahmen einer gesamtstaatlichen Demokratisierung des Landes gesetzt und damit die AKP als größtes gesamtstaatliches Hindernis angegriffen. Damit und mit der Frage der sozialen Ungerechtigkeit im Lande ist es Demirtas gelungen, die HDP als eine glaubhafte linke Partei zu etablieren. Es ist ihm gelungen, die HDP von der PKK zu lösen und als unabhängige und eigenständige Partei Wähler in der gesamten türkischen Gesellschaft zu gewinnen.

Er und seine Partei erschienen in diesem Wahlkampf als einzige wahre Opposition gegenüber der scheinbar übermächtigen AKP des Staatspräsidenten Erdogan. Dass Erdogan weder Gesetz noch Verfassung für



Erol Özkaraca ist SPD-Abgeordneter in Neukölln.
Foto: privat

verbindlich hält, hat er im damaligen wie auch im jetzigen Wahlkampf wiederholt unter Beweis gestellt. Als Staatspräsident ist er eigentlich zur Überparteilichkeit und zur Neutralität verpflichtet. Dennoch ruft er auch in diesem Wahlkampf die Menschen dazu auf, die Regierungspartei AKP zu wählen. Die HDP bezichtigt er permanent, die PKK zu unterstützen.

NATIONALISTISCHE GEFÜHLE WERDEN ANGEHEIZT

Bewusst heizt er nationalistische Gefühle an. Überall im ganzen Land griffen AKP- und MHP-Anhänger Wahlkampf büros der HDP an. Unzählige Menschen wurden verletzt und es kam zu Toten.

Die AKP und Erdogan wollten ihre Macht durch eine Verfassungsänderung absichern. Dies konnten sie allerdings nicht ohne einen Koalitionspartner. Daher erzwingen sie nun diese Neuwahlen, die für die Türkei Stagnation bedeuten. Die Wirtschaft lahmt, die Inflation steigt.

Die Türkei verstieg sich in außenpolitische Abenteuer in Syrien, indem sie islamistische Terroristen in Syrien finanziell, logistisch und mit Waffen unterstützte. Journalisten, die darüber berichteten, wurden mundtot gemacht. Die Presse wurde gleichgeschaltet.

Im Vorwahlkampf wurde das Militär zur Terrorbekämpfung gegen die PKK eingesetzt. Wurde von Erdogan die Armee zunächst „entpolitisiert“, dient sie nun dazu, einen sinnlosen Kampf gegen den Terror zu führen und seine Macht abzuschern.

Kein Tag vergeht, an dem nicht junge Polizistinnen und Wehrdienstleistende sinnlos ihr Blut verlieren, obwohl nach nunmehr 30 Jahren jedem klar sein sollte, dass

die PKK militärisch nicht zu besiegen sein wird. Herr dieser Situation ist natürlich der „Übervater“ Erdogan. Er glaubt, die AKP werde von diesem militärischen Konflikt profitieren.

Bedauerlich sind die Wahlunterstützungen für Erdogan, die nicht erst mit Bundeskanzlerin Merkel, sondern schon am 4. Oktober angingen, als EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Tusk alle Erdogan gefeiert und in Brüssel in die Arme genommen haben.

Wie kann man einen Staatspräsidenten, der verfassungsgemäß nur repräsentative Aufgaben hat, wie einen Regierungschef behandeln? Stellen wir uns doch einmal vor, man würde an der Bundeskanzlerin Merkel vorbei mit Joachim Gauck verhandeln. Eigentlich undenkbar. Dass man also an dem Interimspremier Davutoglu vorbei mit Erdogan in Brüssel verhandelt ist weder rechtmäßig noch verständlich.

Erdogan kann jedenfalls nun behaupten, er habe Merkel, ja sogar Europa in der Hand.

Die Wahlprognosen machen jedoch Hoffnung, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird. Danach sieht es so aus, als ob die HDP wieder den Einzug schaffen wird und die AKP erneut die absolute Mehrheit verfehlen wird. Für diesen Fall wäre dann die spannende Frage, wie es in der Türkei weiter geht.

Schade ist, dass es unserer Schwesterpartei der CHP bis heute nicht wirklich gelungen ist, die gesamtgesellschaftlichen Fragen und gesamtstaatlichen Defizite im Verbund mit der HDP in den Vordergrund zu stellen und eine glaubhafte Alternative zur islamistisch-nationalen Synthese der rechten Parteien darzustellen.

IN DEUTSCHLAND: GERINGE BETEILIGUNG, HÖHERE POLARISIERUNG

Die letzten Wahlen fanden auch bei uns in Deutschland statt und fielen durch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung, durch ein besonders gutes Abschneiden der AKP (53,63%) und der HDP (17,5 %) auf. Die CHP erhielt 15,99 % und die Grauen Wölfe nur 9,72 %.

Was lässt sich daraus ableiten? Die türkischstämmige Bevölkerung scheint sich immer weniger für die türkische Politik zu erwärmen und die Polarisierung der Türkei-Politik ist in Deutschland fernab der Heimat der Vorväter größer als in der Türkei.

Erol Özkaraca □